



## Inhalt:

22. Änderung des Flächennutzungsplanes/Genehmigung der Bezirksregierung Detmold
- Bebauungsplan Nr. 46 „Gewerbepark Senne“/Satzungsbeschluss

### 1. 22. Änderung des Flächennutzungsplanes/Genehmigung der Bezirksregierung Detmold

Der Rat der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock hat in seiner Sitzung am 28.02.2023, unter 4. folgenden Feststellungs-/änderungsbeschluss gefasst:

#### 4. Feststellungs-/änderungsbeschluss

**Die 22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock, Entwicklung des Bereichs östlich der Bundesautobahn (A 33), westlich der L 756 (Paderborner Straße) und nordwestlich des Bildungszentrums „Erich Klausener“ Schloß Holte-Stukenbrock (Landespolizeischule) als „Gewerbepark Senne“, wird beschlossen.**

**Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung ergibt sich aus der Plankarte der 22. FNP-Änderung gem. Anlage 1/Darstellung „neu“, der Bestandteil dieses Beschlusses ist, durch eine unterbrochene schwarze Linie gekennzeichnet. Die Begründung und der Umweltbericht werden gebilligt.**

Die Bezirksregierung Detmold hat die vom Stadtrat in seiner Sitzung am 28.02.2023 beschlossene 22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock gemäß § 6 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) mit Genehmigungsbescheid vom 30.06.2023, Aktenzeichen 35.02.01.200-009/2023-001, genehmigt.

Durch die Entwicklung des Bereichs östlich der Bundesautobahn (A 33), westlich der L 756 (Paderborner Straße) und nordwestlich des Bildungszentrums „Erich Klausener“ Schloß Holte-Stukenbrock (Landespolizeischule) als „Gewerbepark Senne“, soll der Nachfrage nach Gewerbeflächen im Rahmen eines interkommunalen Gewerbe- und Industriegebiets der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock, der Sennegemeinde Hövelhof und Gemeinde Augustdorf Rechnung getragen werden. Der räumliche Geltungsbereich, (siehe Lageplan 22. Änderung des FNP) ist durch gestrichelte Umrandung gekennzeichnet.

#### Bekanntmachungsanordnung

Die Genehmigung der 22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock wird hiermit gemäß § 6 Absatz 5 BauGB bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung wird die Änderung wirksam (rechtskräftig). Es wird bestätigt, dass ihr Wortlaut mit dem Ratsbeschluss übereinstimmt und dass nach § 2 Abs. 1 und 2 der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht für das Land Nordrhein-Westfalen (BekanntmVO) verfahren worden ist.

Gemäß § 6 Absatz 5 BauGB wird die 22. Änderung des Flächennutzungsplans, die Begründung, der Umweltbericht und die zusammenfassende Erklärung (§ 6 a Absatz 1 BauGB), ab sofort im Rathaus der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock, Rathausstraße 2, Zimmer 220, 33758 Schloß Holte-Stukenbrock, während der Dienststunden für jede Person zur Einsicht bereitgehalten. Über den Inhalt der Flächennutzungsplanänderung wird auf Verlangen Auskunft gegeben. Zusätzlich können die Unterlagen im Internet unter folgendem Link (in der Rubrik Flächennutzungsplan/22. Änderung) eingesehen werden:

<https://www.schlossholtestukenbrock.de/bauen-umwelt/bebauungsplaene-satzungen>

Herausgeber u. Verleger: Stadt **Schloß Holte-Stukenbrock, Der Bürgermeister, Rathausstr. 2, 33758 Schloß Holte-Stukenbrock**  
Zusendung an Dauerbezieher erfolgt gegen Erstattung einer Portopauschale von 10,- EURO jährlich, Zusendung von Einzelexemplaren gegen Erstattung einer Pauschale von 1,- EURO pro Stück. Bestellungen bei der Stadtverwaltung oder durch Überweisung der Portopauschale auf ein Konto der Stadtkasse, **Kennwort: "212027 Amtsblatt"** (für Dauerbezieher) bzw. „**212027 Amtsblatt vom ...**“ (für Einzelbezug). Bitte vollständige Anschrift angeben. Kostenlos liegt das Amtsblatt im Rathaus und in den örtlichen Kreditinstituten zur Mitnahme aus, unter [www.schloss-holte-stukenbrock.de](http://www.schloss-holte-stukenbrock.de) steht es zum kostenlosen Download bereit.

**Bankverbindungen der Stadtkasse:**  
Kreissparkasse Wiedenbrück  
IBAN: DE81 4785 3520 0003 0070 02  
BIC: WELADED1WDB

Volksbank Rietberg eG  
IBAN: DE74 4786 2447 8651 6007 01  
BIC: GENODEM1RNE

Volksbank Bielefeld-Gütersloh eG  
IBAN: DE91 4786 0125 3584 0000 01  
BIC: GENODEM1GTL

Hinweis nach § 215 Absatz 2 BauGB:

Unbeachtlich werden nach § 215 Absatz 1 Satz 1 BauGB

1. eine nach § 214 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
  2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Absatz 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
  3. nach § 214 Absatz 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,
- wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplanes oder der Satzung schriftlich gegenüber der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. § 215 Absatz 1 Satz 1 BauGB gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Absatz 2 a BauGB beachtlich sind.

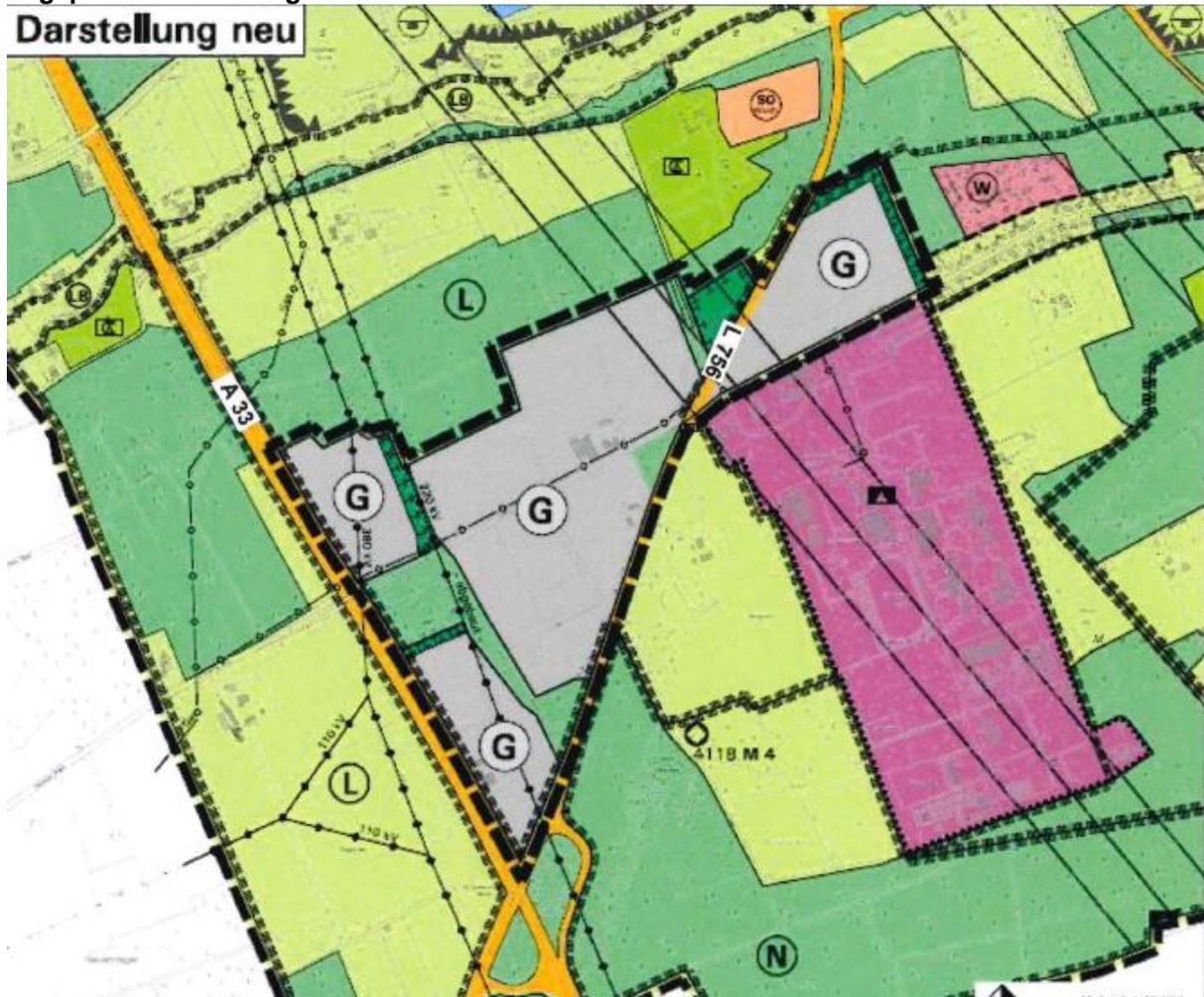
Hinweis nach § 7 Absatz 6 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW):

Gemäß § 7 Absatz 6 GO NRW (in der zurzeit gültigen Fassung) kann eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der GO NRW beim Zustandekommen von Satzungen, sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und Flächennutzungsplänen nach Ablauf von 6 Monaten seit ihrer Verkündung (dieser Bekanntmachung) nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

**Lageplan 22. Änderung des FNP**

**Darstellung neu**



Schloß Holte-Stukenbrock, den 04.07.2023

Der Bürgermeister  
gez. Erichlandwehr

## 2. Bebauungsplan Nr. 46 „Gewerbepark Senne“/Satzungsbeschluss

Der Rat der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock hat in seiner Sitzung am 28.03.2023, unter 4. folgenden Beschluss gefasst:

### 4. Satzungsbeschluss

***Der Bebauungsplan Nr. 46 „Gewerbepark Senne“ wird in der vorliegenden Fassung, bestehend aus der Planzeichnung (Teilplan 1) und der Planzeichenerklärung, textlichen Festsetzungen und Hinweisen (Teilplan 2), als Satzung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen. Die Begründung mit Umweltbericht und Anlagen wird gebilligt. Der Satzungsbeschluss ist öffentlich bekannt zu machen.***

### Bekanntmachungsanordnung

Der vorstehende Satzungsbeschluss des Rates für den Bebauungsplan Nr. 46 „Gewerbepark Senne“ wird hiermit gemäß § 10 Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich bekannt gemacht. Es wird bestätigt, dass ihr Wortlaut mit dem Ratsbeschluss übereinstimmt und dass nach § 2 Abs. 1 und 2 der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht für das Land Nordrhein-Westfalen (BekanntmVO) verfahren worden ist.

Gemäß § 10 Absatz 3 BauGB wird der Bebauungsplan, die Begründung mit Umweltbericht und Anlagen ab sofort im Rathaus der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock, Rathausstraße 2, Zimmer 220, 33758 Schloß Holte-Stukenbrock, während der Dienststunden für jede Person zur Einsicht bereitgehalten. Über den Inhalt des Bebauungsplans wird auf Verlangen Auskunft gegeben. Zusätzlich können die Unterlagen im Internet unter folgendem Link (in der Rubrik Bebauungspläne/BPL Nr. 46) eingesehen werden:

<https://www.schlosshotestukenbrock.de/bauen-umwelt/bebauungsplaene-satzungen>

**Der Geltungsbereich des Bebauungsplans ist in dem nachfolgenden Übersichtsplan durch eine unterbrochene schwarze Linie kenntlich gemacht.**

Der Bebauungsplan Nr. 46 „Gewerbepark Senne“, im Bereich westlich der Paderborner Straße und östlich der Autobahn A 33 (siehe Geltungsbereich des Bebauungsplans) tritt mit der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung in Kraft. Gemäß § 30 BauGB sind im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes Vorhaben planungsrechtlich zulässig, wenn sie den Festsetzungen des Bebauungsplanes nicht widersprechen und die Erschließung gesichert ist.

### Hinweis nach § 44 Absatz 5 BauGB:

Auf die Vorschriften des § 44 Absatz 3 Sätze 1 und 2 sowie Absatz 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen gemäß §§ 39 bis 42 BauGB sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen. Danach erlöschen Entschädigungsansprüche für nach §§ 39-42 BauGB eingetretener Vermögensnachteile, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird. Der Entschädigungspflichtige kann die Fälligkeit dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt.

### Hinweis nach § 215 Absatz 2 BauGB:

Unbeachtlich werden nach § 215 Absatz 1 Satz 1 BauGB

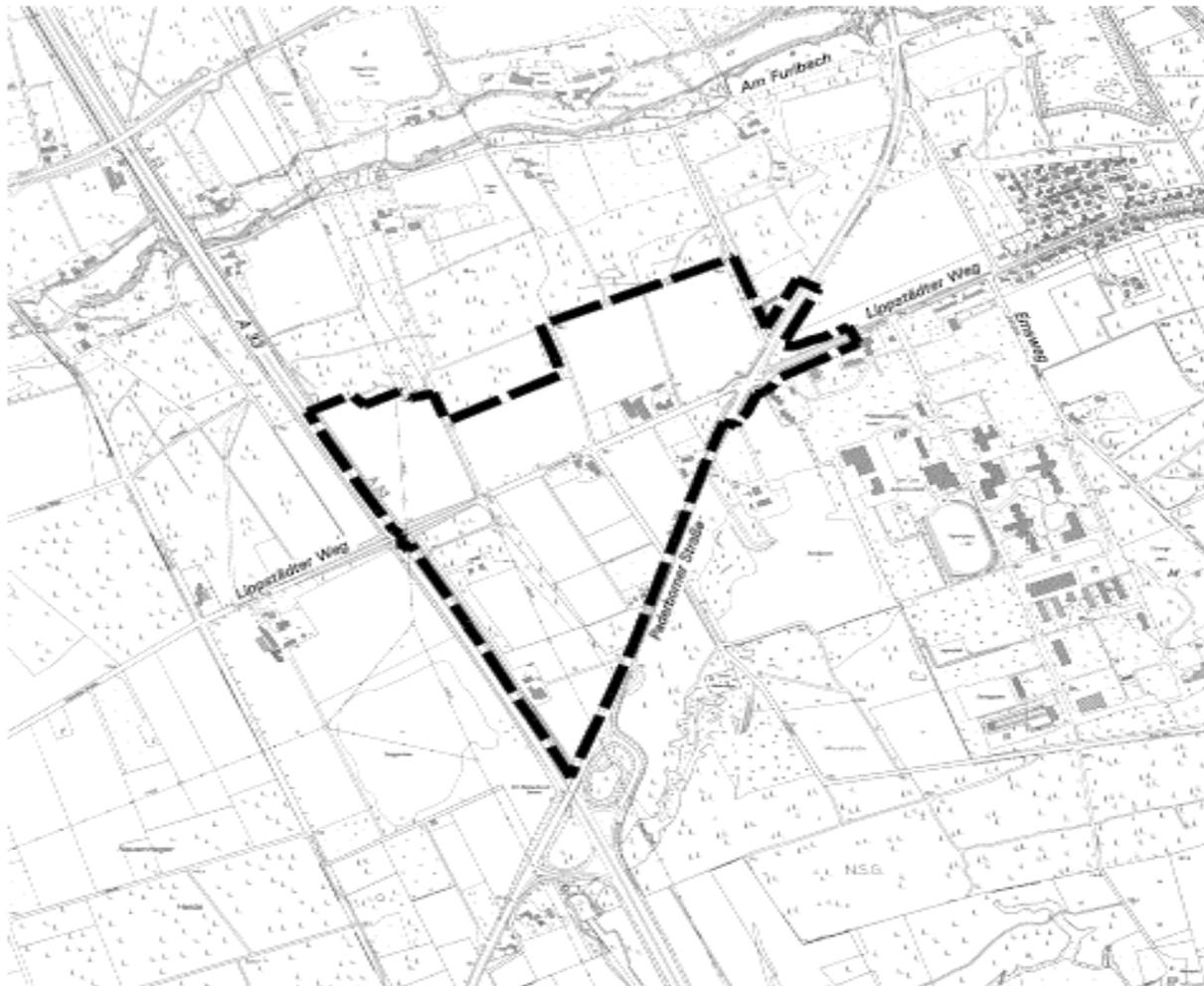
1. eine nach § 214 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Absatz 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Absatz 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplanes oder der Satzung schriftlich gegenüber der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. § 215 Absatz 1 Satz 1 BauGB gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Absatz 2 a BauGB beachtlich sind.

### Hinweis nach § 7 Absatz 6 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW):

Gemäß § 7 Absatz 6 GO NRW (in der zurzeit gültigen Fassung) kann eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der GO NRW beim Zustandekommen von Satzungen, sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und Flächennutzungsplänen nach Ablauf von 6 Monaten seit ihrer Verkündung (dieser Bekanntmachung) nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

### Lageplan/Geltungsbereich des Bebauungsplans



Schloß Holte-Stukenbrock, den 04.07.2023  
Der Bürgermeister  
gez. Erichlandwehr